

Es wird den Italienern sicherlich nicht unangenehm sein, wenn ihre Abessinienpolitik nimmermehr auch in der französischen Presse verteidigt wird. Eine friedliche Beilegung des Abessinienkonfliktes erscheint dabei immer weniger wahrscheinlich. Doch man mit offenen Geindegelangen nach dem Ablauf der Regenperiode rechnet, dafür spricht einmal die Tatsache, daß die italienische Regierung ihren Untertanen den Befehl gegeben hat, bis Mitte nächsten Monats Abessinien zu verlassen, und zum andern spricht dafür auch die Silbergeld-Eingiehung in Italien selbst. Wenn man sich entschlossen hat, das Silbergeld in Italien durch Papiergeld zu ersetzen, so ist dafür maßgebend, daß man dieses Silber als Reserve für einen Kriegesfall in Afrika zu haben wünscht. In den fraglichen afrikanischen Gebieten kennt man kaum das Papiergeld, sondern die hier gültige Münze ist in erster Linie der Maria Theresien-Taler, der heute noch in einem großen Teil des Orients als Standard-Münze im Umlauf ist. Sachkenner vertreten die Ansicht, daß der Raum, den diese Münze bedeckt, etwa der Hälfte Europas entspricht. Immer wieder ist dieser Taler mit der Jahreszahl 1780, dem Todesjahr der Kaiserin, in Wien geprägt worden und hat seinen Weg nach Afrika genommen. In Abessinien selbst gehört er zu den gebräuchlichsten Zahlungsmitteln und ihm gegenüber hat sich nicht

Der Erste Lord der Admiralität über das Flotten-Abkommen.

Kurze Aussprache im Unterhaus.

einmal der Menest-Zaler endgültig durchsehen können. Mit rund einem Zaler kann man im Innern des Landes die Verpflegung eines Eingeborenen für etwa einen Monat finanzieren. Es liegt also die Vermutung sehr nahe, daß Italien sein Silber einzieht, um für seine Unternehmungen in Abyssinien das nötige Berggeld — dessen Umprägung die Wiener Münze vornehmen dürfte — zur Verfügung zu haben.

Durch die außenpolitischen Ereignisse sind Lavals die französischen Haushaltsfragen etwas in den Hintergrund getreten. Laval hat zunächst einmal drei Sachverständige berufen, deren Aufgabe es ist, ihn bei der Durchführung der Sparmaßnahmen zu beraten. Wenn anfangs dieser Beirat nach amerikanischen Mustern als „Gehirn-Trust“ bezeichnet wurde, so entspricht das nicht der Lage. Laval weiß zu gut, daß Bouillon Scheiterte, weil Caillaux diffidieren wollte. Er muß also vorerst zu Werken gehen und es scheint, als ob er abwarten will bis die Kammer ihre Sommerferien begonnen hat. Es ist dabei nicht weiter verwunderlich, wenn die Summen, die eingepart werden sollen, immer kleiner werden. Seit steht zur Zeit eigentlich nur, daß die Unkosten der Eisenbahngesellschaften, die zu Kosten des Staates gehen, um 1250 Millionen Franken gekürzt werden sollen, während ursprünglich ein Betrag von 2250 Millionen genannt wurde. An welchen Stellen sonst das Kabinett sparen will, das ist vorerst noch nicht recht ersichtlich. Man vermutet aber offensichtlich derartige Erörterungen, daß die Verringerung jeder Sparmaßnahme sofort lebhaften Widerstand in den betroffenen Kreisen hervorruft. Aber schließlich wird auch Laval den Beginn der großen Sparration nicht auf eine unbestimmte Zeit verschieben können, denn ohne Sparmaßnahmen ist nun einmal der Staatshaushalt nicht in Ordnung zu bringen. Ist aber die Kammer erst einmal in die Ferien gegangen, so rechnet wohl Laval, dann werden die Maßnahmen, um die man nun einmal nicht herumkommt, mit größerer Ruhe ausgenommen werden. So heißt hier also für Laval die Parole, die Kammervertagung abwarten.

Der tschechoslowakische Außenminister Nach Beneš Beneš ist von seiner Rundreise nun zurückgekehrt. Er, der immer seine West-Orientierung betont hat, ist mit Herrn Litwinow übereingekommen, an die Ausarbeitung von Maßnahmen zu gehen, um die „Verfestigung intellektueller Bande“ sicherzustellen. Damit hat die Tschechoslowakei als erste nicht-bolschewistische Macht Europas einen Weg beschritten, der dem geistigen Einfluß des Bolschewismus in Literatur, Wissenschaft und Kunst die Türe öffnet. In Moskau wird man Herrn Beneš dankbar sein, daß er der Errichtung kommunistischer Agenturen so seine Hilfe leiht. Die Frage ist nun, ob der rumänische Außenminister Titulescu Herrn Beneš auf dem Wege nach Moskau folgt und ob wir in Kürze auch vor einem rumänisch-tschechoslowakischen „Beistandspakt“ stehen werden, womit ja, wie wiederholt betont wurde, die Brücke zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei, die keine direkten Grenzen haben, hergestellt wäre. Es ist begreiflich, daß man sich besonders lebhaft in Polen für diese Dinge interessiert und die Frage aufwirft, wie Rumänien einen solchen Pakt in Übereinstimmung bringen will mit dem polnisch-rumänischen Militärvertrage aus dem Jahre 1921. Die polnische Presse selbst zweifelt im übrigen nicht an dem Zustandekommen eines Beistandspaktes zwischen Warschau und Moskau, der die polnische Diplomatie vor eine neue und keineswegs einfache Lage stellen würde, weshalb man gerade in Warschau diese Dinge mit erhöhter Aufmerksamkeit verfolgt.

Das Rote Kreuz im neuen Deutschland.

Rundfunk-Rede Dr. Frids.

Berlin, 21. Juni. Der Reichs- und preussische Minister des Innern, Dr. Frids, hielt am Freitagabend über alle deutschen Sender folgende Ansprache zum Rotkreuztag: Das deutsche Rote Kreuz steht in diesen Tagen der Sommermonatende wiederum dem Rotkreuztag. Damit tritt es aus der Stille seiner alljährlichen Arbeit vor die Nation, um Redenshaft über seine Tätigkeit zu geben, aber auch um die Hilfe aller Deutschen aufzurufen, am Wirken des Roten Kreuzes teilzunehmen, wenn nicht mit der Tat und dem Opfer von Zeit und Kraft, dann mit einer Spende für die Sammlungen, deren Abgaben jeder Deutsche in den nächsten Tagen erwerben wird.

Der Gedanke des Roten Kreuzes hat überall in der Welt seit 70 Jahren die Probe bestanden. Im völkerverständlichen Akt der Genfer Konvention ist die Verpflegung aller kriegsverwundeten Soldaten niedergelegt, die Verwundeten und Kranken im Kriege und alle, die zu ihrer Hilfe berufen sind, zu achten und zu schützen. Sie ist längst dem bewährten Gemeingut der Völker geworden. Die Genfer Konvention und das Zeichen des Roten Kreuzes allen Opfern des Krieges dienlich zu machen und auch den Schutz der Frauen und Kinder vor den Schrecken des Luftkrieges zu gewährleisten, ist ein heiliges Ziel, das wohl am besten von den alten Frontsoldaten verstanden wird, die einst mit Einsatz ihres Lebens die Heimat vor dem Untergang bewahrten, dem hat der Führer in seiner großen Reichstagsrede am 21. Mai mit folgenden Worten Ausdruck gegeben: „Wenn es einst gelang, durch die Genfer Rotkreuz-Konvention die an sich mögliche Tötung des verwundeten Soldaten durch den Feind zu verhindern, dann muß es genau so möglich sein, durch eine analoge Konvention den Bombenkrieg gegen die ebenfalls wehrlose Zivilbevölkerung zu verbieten und endlich überhaupt zur Einstellung zu bringen.“

Darüber hinaus hat der Führer in dieser Rede erklärt, daß die deutsche Reichsregierung bereit, sich an allen Bestrebungen aktiv zu beteiligen, die zu praktischen Vorgehensweisen einerseits der Rüstungen führen können, den einzig möglichen Weg hierzu in einer Rückkehr zu den Gedankenentwürfen der Genfer Konvention des Roten Kreuzes sieht.

Das Deutsche Rote Kreuz hat die ihm gestellte Aufgabe stets mit edlen Kräften zu erfüllen gesucht, und das deutsche Volk erkennt die Leistungen des Roten Kreuzes dankbar an.

London, 21. Juni. Der Erste Lord der Admiralität Sir Bolton Forbes Macnagall gab am Freitag im Unterhaus in Beantwortung einer Anfrage eine längere Erklärung über die deutsch-englischen Flottenbegründungen ab. Bei Beginn der Begründungen, so führte der Marineminister aus, hätten die deutschen Vertreter um die definitive Ausfertigung gebeten, ob die englische Regierung gewillt sei, den Vorschlag des deutschen Rüstungsprogramms anzunehmen, wonach das Stärkenverhältnis zwischen der britischen und der deutschen Flotte endgültig und für immer auf 100:35 festgelegt werden sollte. Die deutschen Vertreter hätten klar zum Ausdruck gebracht, daß der Verkauf der künftigen Flottenbegründungen unannehmlich von der Natur der britischen Antwort beruhe werde.

Nach einer sehr sorgfältigen Prüfung der praktischen Wirkungen, die sich aus der Annahme dieses Vorschlages ergeben würden, habe die britische Regierung beschlossen, den Vorschlag anzunehmen, nicht nur im Interesse der künftigen Beziehungen zwischen den unmittelbar betroffenen beiden Regierungen, sondern auch als ein Mittel, den schließlichen Abschluß eines allgemeinen Vertrages für die künftige Begrenzung der Flottenrüstungen zu erleichtern. Die Regierung habe dem Vorschlag aus demselben großen Bedenken teilgenommen, weil er die Möglichkeit einschloß, ein für allemal die Durchführung einer Flottenrationalität zwischen Deutschland und England zu vermeiden, die, wenn sie einmal begänne, notwendigerweise die Interessen aller Mitglieder des britischen Commonwealth berühren werde. Die Regierung sei auch der Ansicht gewesen, daß das oben erwähnte Abkommen in diesem weiteren Sinne ein entscheidendes Vorteil für die Flottenbegründungen anderer Mächte sein müsse. Auch jahrelangen Bemühungen dieser Flottenbegründungen einen festen Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen mit anderen Mächten, deren Stellung durch die Verfestigung Deutschlands, das es an dieser Verhältnisveränderung unabhängig von den Flottenbegründungen anderer Mächte festhalten werde, erleichtert werden würde. „Wir sehen daher“, so fuhr der Erste Lord der Admiralität wörtlich fort, „dieses Abkommen als einen wesentlichen Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Befriedung an. Wir glauben, daß auch die deutsche Regierung diese Ansicht vertritt. Man hat gesagt, die britische Regierung hätte dieses Abkommen nicht abschließen sollen. Aber wir müssen den Tatsachen ins Gesicht sehen. (Beifall.) Wir haben uns mit dem sehr praktischen Problem zu befassen, daß Deutschland bereits eine Flotte baut, die außerhalb der im Versailles Vertrag festgelegten Grenzen ist. Was wir getan haben, ist der Abschluß eines Abkommens mit Deutschland, um die Wirkungen zu umgrenzen, die als Folge dieser einseitigen Entscheidung Deutschlands vielleicht eingetreten wären. Wir glauben, daß dies schließlich doch im Interesse aller Flottenmächte der Welt liegt. Wir sind überzeugt, England hätte einen schweren Fehler gemacht, wenn die britische Regierung entweder den Vorschlag abgelehnt oder seine Annahme auch nur in unangebrachter Weise verzögert hätte. Es rührt sich, zu sagen, daß wir darauf geachtet haben, die Beziehungen der Unterzeichnermächte der bestehenden Flottenverträge über den Fortgang dieser Verhandlungen voll auf dem Laufenden zu halten. Die Kritik hat ferner behauptet, England sei nicht berechtigt, sich mit der Frage der Flottenbegrenzung unabhängig von der Frage der Abrüstung zu Lande und in der Luft zu befassen. Die britische Regierung konnte diese Auffassung nicht teilen, zumal sie sah, daß die Verträge für die Begrenzung der Flottenrüstungen bereits viele Jahre bestanden, und daß es ein schweres Unglück wäre, wenn ein künftiger Vertrag nicht an Stelle der bestehenden Verträge ausgetauscht werden könnte.“

Wir wollen fortfahren, uns mit dieser Angelegenheit in voller und freimütiger Aussprache und Zusammenarbeit mit den anderen Unterzeichnermächten des Washingtoner und Vöndener Vertrages zu befassen. Dies bedeutet nicht,

wie ich kaum zu sagen brauche, daß, falls künftig ein allgemeiner Flottenbegründungsvertrag abgeschlossen werden sollte, die britische Regierung irgendwelche in ihren Bemühungen zur Sicherung eines allgemeinen Abkommens über die Land- und Luftkräfte, träfte nachlassen werde. Im Gegenteil sieht die britische Regierung die Verhinderung eines internationalen Wettbewerbs in allen drei Rüstungsgruppen als eine Angelegenheit von höchst dringlicher Bedeutung an. Die Regierung glaube nicht an die Idee, daß der Fortschritt der Flottenbegründungen notwendigerweise bis zu weiteren Fortschritten in den Begründungen über die Land- und Luftrüstungen verzögert werden müsse.

Im Anschluß an diese Erklärung fand eine kurze Aussprache statt, in deren Verlauf ein Abgeordneter fragte, ob die Regierung die Einberufung einer Konferenz der Unterzeichner des Washingtoner und Vöndener Flottenabkommens beabsichtige und ob das Abkommen mit Deutschland nach Meinung der Regierung eine Verstärkung des Versailles Vertrages darstelle.

Schließlich des ersten Teiles der Frage wies der Erste Lord der Admiralität auf die bereits erwähnte Fühlungnahme Englands mit den anderen Flottenmächten hin. „Es läßt sich noch nicht sagen, wenn eine Konferenz stattfinden könne. Die zweite Frage läßt sich eine juristische Angelegenheit an, und es glaube nicht, daß sie an das richtige Ministerium gerichtet worden sei.“

Auf die Frage eines Abgeordneten, ob das Unterhaus eine baldige Gelegenheit zu einer Aussprache über das deutsch-englische Abkommen und über die sich hieraus ergebenden Folgen erhalten werde, erwiderte der Ministerpräsident Baldwin: „Alle bei allen bisher mit anderen Ländern geführten zweifelhafte Unterhaltungen, die, wie der Fragesteller weiß, seit einiger Zeit im Gange sind, ist der wesentliche Inhalt dieser Unterhaltungen sehr vertraulicher Natur. Wie jedermann bekannt ist, es handelt sich um einen internationalen Abkommen zu gelangen, selbst wenn die Vertraulichkeit gewahrt bleibt. Wenn alle Einzelheiten irgendwelcher Verhandlungen zwischen zwei Mächten öffentlich erörtert würden, wäre die Erzielung jedes internationalen Abkommens ganz hoffnungslos.“

Der Führer der arbeitsparteilichen Opposition, Lansbury, widersprach dieser Feststellung des Ministerpräsidenten und erklärte, daß es sich um Fragen von öffentlicher und internationaler Bedeutung handele. Die Arbeitspartei wolle der Regierung keinerlei Schwierigkeiten bei der Fortführung weiterer Verhandlungen verurteilen. Aber sie lege auf eine Aussprache Wert.

Baldwin hat Lansbury hierauf, die Angelegenheit mit dem Einspruchs des Unterhauses zu bestritten. Die Regierung erhebe gegen eine Aussprache grundsätzlich keine Einwände. Sie müsse sich aber notfalls ihre Rechte hinsichtlich gewisser Einzelheiten vorbehalten.

Fortsetzung der deutsch-englischen Bepflegungen.

London, 21. Juni. Die deutsch-englischen technischen Flottenverhandlungen wurden am Freitag im Foreign Office fortgesetzt.

Englische Einladung an Sowjet-Rußland.

Moskau, 21. Juni. Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion berichtet, beabsichtigt der englische Botschafter Lord Clifson heute den Außenminister Litwinow, den er im Auftrag der Regierung, um den Abschluß des Flottenabkommens mit Deutschland in Kenntnis zu setzen und die Erklärung abzugeben, daß England auch mit Frankreich und Italien, mit denen es bereits verhandelt, auch mit Sowjetrußland in Verhandlungen über eine Begrenzung der Flottenrüstungen einzutreten wünsche. Clifson wies weiter darauf hin, daß England sich nicht nur die quantitative, sondern auch die qualitative Abrüstung zum Ziel gesetzt habe. Der Botschafter versprach, Sowjetrußland über den Verlauf der Verhandlungen Englands mit den anderen Mächten auf dem laufenden zu halten. Litwinow nahm die Erklärung mit Kenntnis und versprach, dem Rat der Volkskommissare die Einladung Englands zu unterbreiten.

Wie verlautet, hat die Sowjetregierung den russischen Botschafter in Rom, Stein, den Botschafter in London, Maist, und den russischen Botschafter in Paris, Potemkin, beauftragt, die interessierten Regierungen über den Standpunkt der Sowjetregierung in der Flottenfrage mit auch in der Frage des Vortrags zu unterrichten.

Die gesamte Presse der Sowjetunion schenkt dem deutsch-englischen Flottenabkommen größte Beachtung und behandelt es an hervorragender Stelle. In der „Sowjetka“ erscheint ein Artikel, der die Überführung des deutsch-englischen See-Abkommens und Durchbruch englisch-französischer Front“ überschreibt. Der Artikel enthält zahlreiche Widerprüche, die die Unklarheit seiner Stellungnahme feststellen. So behauptet er an der einen Stelle seines Artikels, daß Deutschland eine große Flotte brauche, um einen Schlag gegen England zu führen, falls es hierauf die Unterstützung Frankreichs finde, um an einer anderen Stelle zu erklären, daß Deutschland einen Durchbruch durch die im Entstehen begriffene englisch-französische Front erreichen werde. Der Artikel schließt weiter, daß die allgemeine Lage zunächst noch eine genauere Prüfung erfordere. Zunächst müsse man zugeben, daß auf der gegenwärtigen Skizze der „deutsche Imperialismus“ einen Schlag bekommen habe.

Übereinstimmend mit der gesamten übrigen Sowjetpresse vermeidet es, Kadel, im Zusammenhang mit dem Flottenabkommen auf die eigenen Seestreitkräfte der Sowjetunion hinzuweisen, die bekanntlich gerade jetzt wieder eine ungeheure Verstärkung erfahren haben. Die aus jenseitiger Zeit übernommenen Flottenverbände sind, wie die Erklärungen Litwinows mit dem Artikel, gleich im Januar d. J. entnehmen war, einmündig der U-Bootbauten mehr als fünfmal vergrößert worden.

Die geflüchteten chinesischen Kanonenboote unterstellen sich der Kantong-Regierung.

Schanghai, 21. Juni. Wie „Evening-Post“ meldet, hat das Marineministerium in Kantong das Gefolge der beiden aus Kantong geflüchteten Kanonenboote um Unterstellung unter die Kantong-Regierung angenommen. Hierdurch ist die baldige Überführung der beiden Schiffe nach Hongkong nach Schanghai möglich geworden, wo die Ausbesserung bei der Begehung durch die Fests in Kantong entstehenden Beschädigungen vorgenommen werden kann.

Die für Sonntag, 23. d. M. vorgesehene Preisvertheilung im Rathaus ist der für den gleichen Abend anberaumten Sonnenfeier wegen auf Samstag, 22. Juni ver-
schoben worden. Die Kämpfe werden jedoch programm-
gemäß am Sonntag zu Ende geführt. Im Damen-Einzel war
die Klubmeisterhaft wurden am Freitag bereits die Vor-
schlußrunden erledigt. Erst. v. Binde siegte über H. Ham-
mader und Frau Hess über E. B. Schwan, v. K. so-
dass es in der Schlussrunde zwischen B. Schwan und Frau
Hess zu einem Kampf kam, in welchem die Klubmeister-
ausgetragen werden soll. Frau Hess ist zwar Vorkämpferin
der Klubmeisterhaft, aber Erst. von Binde befindet sich zu
Zeit ebenfalls in vorterragender Form, sodass es nicht aus-
geschlossen erscheint, dass sie ihren Kronberger Sieg zu wie-
derholen vermag. Außer der Schlussrunde des Damen-Einzel
gelangen am Samstagnachmittag auch noch die Vorkämpf-
runden des Herren-Einzel zur Abwicklung. Die
ersten v. Knoop auf H. Hammer und E. B. Schwan
Cones. Das Herren-Einzel wird auch am Sonntag. Dap-
sonnte am Freitag nachmittags schon weit gefördert wer-
den, so dass damit zu rechnen ist, dass auch diese Kon-
kurrenzen noch programmgemäß bis Sonntag beendet wer-
den. Auch die Trostkonkurrenzen sind schon teilweise bis zu
den Vorkämpfrunden vorgegangen.

